



Quelle: innogy

Landesentwicklungsplan NRW

Energiewende – auch in Nordrhein-Westfalen?

Im neuen Landesentwicklungsplan NRW will die Landesregierung den Ausbau der Windenergie deutlich einschränken. Die Energiewirtschaft kritisiert vor allem die geplante pauschale Abstandsregel von 1 500 m zur Wohnbebauung sowie die deutliche Einschränkung von Windenergie im Wald. Notwendig ist eine überlegte und umfassende Energiestrategie für NRW, die außer dem Rückgang der Kohleverstromung auch die realistischen Potenziale der einzelnen erneuerbaren Energieträger berücksichtigt.

Paris – nicht nur ein schönes Reiseziel, sondern bekanntlich auch eine ernstzunehmende Verpflichtung für die Weltbevölkerung. Die Pariser Klimaschutzziele sind in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit breit akzeptiert. So hat die neue deutsche Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag die Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung zuletzt noch einmal erhöht: Ihr Anteil soll nun bis zum Jahr 2030 auf 65 % steigen. Leider lässt sich die Energiewende nicht allein in der Hauptstadt umsetzen. Wir müssen in die Fläche gehen, in die Bundesländer.

Landesentwicklungsplan gefährdet Ausbau der Windenergie

Vor diesem Hintergrund beunruhigen die Aktivitäten der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Gerade im größten Bundesland Deutschlands wird in deutlichem Kontrast zu den Zielen der Bundesregierung daran gearbeitet, den Ausbau der Windenergie zu verlangsamen. Dies erfolgt vor dem Hintergrund von Bürgerbeschwerden in denjenigen Teilen des Bundeslandes, die bereits heute durch eine hohe Zahl an Windenergieanlagen geprägt sind. Das ist grund-

sätzlich nachvollziehbar. Die geplanten Maßnahmen führen jedoch dazu, dass die Windenergie nun in ganz NRW in Bedrängnis gerät.

Vor allem zwei Regelungen bedrohen die weitere Umsetzung der Energiewende im bisherigen Energieland Nummer Eins: Die geplante pauschale Abstandsregel von 1 500 m zur Wohnbebauung sowie die deutliche Einschränkung von Windenergie im Wald. Beide Punkte sind Gegenstand der aktuellen Überarbeitung des Landesentwicklungsplans NRW durch die Landesregierung und werden

von der nordrhein-westfälischen Energiewirtschaft vehement abgelehnt.

Aus Sicht der Energieversorger, also einer großen Zahl sowohl privater als auch kommunaler Investoren, werden – angesichts der langen Projektvorlaufzeiten von bis zu zehn Jahren – durch diese Maßnahmen viele bereits geplante und sich in der Genehmigung befindende Windenergieprojekte torpediert – signifikante Stranded Investments und Entwertung öffentlicher Gelder sind die Folge.

Einschränkungen nicht vereinbar mit geltendem Bundesrecht

Zudem sind die vorgesehenen Einschränkungen nicht vereinbar mit geltendem Bundesrecht. Das Baugesetzbuch legt zum Zweck des Klimaschutzes fest, dass Windenergie im Außenbereich zu den »privilegierten« Bauvorhaben zählt. Diese sind damit im Außenbereich grundsätzlich zulässig, es sei denn, es stehen ihnen öffentliche Belange entgegen. Die Rechtsprechung hat mittlerweile entschieden, dass im Ergebnis eine Verhinderungsplanung nicht zulässig ist; vielmehr ist der Windenergie im Außenbereich substantieller Raum zu verschaffen. Sehr beunruhigt ist die Energiewirtschaft daher über Bestrebungen, im Rahmen einer Bundesratsinitiative eine Länderöffnungsklausel in das Baugesetzbuch einzuführen, mit der das einzelne Bundesland pauschale Mindestabstände für Windenergieanlagen vorschreiben kann. Das kann zu einem Dominoeffekt führen, bei dem mehr und mehr Länder aus der Umsetzung der Energiewende aussteigen, in der Hoffnung, die anderen Länder würden es schon richten.

Gerade Nordrhein-Westfalen muss sich um die Zukunft seiner Energieversorgung erhebliche Gedanken machen und seiner Rolle als Energie- und Industrieland Nummer Eins gerecht werden. Denn als das bevölkerungsreichste Bundesland, das zudem über eine Vielzahl industrieller Ballungszentren und energieintensiver Unternehmen verfügt, ist NRW auf substantielle eigene Energieerzeugung angewiesen. Rund 70 % der Stromerzeugung in NRW stammten 2016 aus Kohle, deren Anteil sich jedoch angesichts von Marktentwicklungen und Klimaschutzziele langfristig wohl deutlich reduzieren wird.

Energiestrategie NRW braucht Windenergie als starke Säule

Vor diesem Hintergrund bedarf es einer überlegten und umfassenden Energiestrategie für NRW, die auch die Energiekosten – Stichwort Bezahlbarkeit – im Blick hat und Strukturbrüche in der Region vermeidet. Die Strategie muss zudem klar über die Dauer einer Legislaturperiode hinausgehen. Zu berücksichtigen sind für eine solche Strategie außer dem Rückgang der Kohleverstromung auch die realistischen Potenziale der einzelnen erneuerbaren Energieträger. Die Windenergie ist nun einmal das Arbeitspferd der erneuerbaren Stromerzeugung, sie produziert in Bund und Land die größten Mengen erneuerbaren Stroms. Erst danach kommen in NRW Biomasse und Photovoltaik, mit denen allein ein Industrieland wie NRW jedoch nicht versorgt werden kann. Ergänzend ist es auch künftig notwendig, das Stromversorgungssystem abzusichern, zum Beispiel durch moderne und CO₂-arme Erzeugung auf

Basis von Erdgas und vermehrt von »grünem Gas« wie Biogas oder Biomethan. Last but not least muss der Stromnetzausbau realistisch in die Rechnung einbezogen werden, denn er kommt aufgrund langwieriger Genehmigungsprozesse nur schleppend voran: Wir können unseren Windstrom daher eben nicht einfach in Norddeutschland produzieren lassen, um ihn dann über das Netz zu importieren.

Planungssicherheit für Energiewendeprojekte

Der BDEW in NRW ruft alle Akteure im Land auf, die Entwicklung einer Energiestrategie im obigen Sinn unter der Führung der Landesregierung zu unterstützen und sich hieran zu beteiligen. Ausgehend von breit akzeptierten Szenarien und Zielen braucht die nordrhein-westfälische Energiewirtschaft vor allem Planungssicherheit, um die Energiewendeprojekte in der Praxis umzusetzen. Angesichts der langen Vorlaufzeiten für die Genehmigung und Errichtung von Stromerzeugungsanlagen und Netzen dürfen wir in der Politik nicht alle fünf bis zehn Jahre einen Paradigmenwechsel vollziehen. Das ist Gift für die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die wir zur Transformation des Energiesystems so dringend brauchen.



Dr. **Bernhard Schaefer**,
Geschäftsführer,
Landesgruppe Nordrhein-
Westfalen,
Bundesverband der Energie-
und Wasserwirtschaft e. V.
(BDEW), Düsseldorf

>> bernhard.schaefer@bdew-nrw.de

>> <https://nrw.bdew.de>

Anzeige

A/V/E

360° KUNDEN-KOMMUNIKATION
Damit Ihre Kunden ein richtig gutes Gefühl haben.

A/V/E – Die richtigen Dinge richtig tun!

Treffen Sie uns vom 13. bis 14. Juni 2018 auf dem BDEW Kongress in Berlin!

www.ave-online.de